

Medienmitteilung

Städteinitiative Sozialpolitik

Armutsprävention: Soziales Gebot und wirtschaftliche Vernunft

Winterthur, 13.11.2009. Die Städteinitiative Sozialpolitik hat die Armutsprävention schon vor Jahren auf die politische Agenda gesetzt. Im Alltag freilich sind viele Ressourcen gebunden mit ebenso wichtigen anderen Aufgaben: Zum Beispiel, mittels professioneller Sozialhilfe bestehende Armut zu lindern. Eine präventive Sozialpolitik – alles tun, damit Armut nicht entsteht – ist jedoch nicht nur ein soziales Gebot, sondern entspricht auch wirtschaftlicher Vernunft. Das war eine der Erkenntnisse, welche die Städte an ihrer Herbstkonferenz zu diesem Thema gewonnen haben.

Vernetzen und koordiniert handeln

Soziale Integration ist ein Schlüsselfaktor im Kampf gegen Armut, und diese muss in den sozialen Lebensräumen, im Quartier angelegt sein. Dass dies nicht der Staat, die Stadt alleine richten kann, zeigten die Gastreferenten der deutschen Stadt Augsburg auf. Für die Armutsprävention Augsburg – ein Modell, das in den Bereichen Wohnen, Sozialbegleitung, Chancen für Kinder und ‚Kleine Hilfen‘ ansetzt – ist das Vernetzen mit Organisationen der Zivilgesellschaft, mit privaten Hilfswerken, Kirchen, Firmen und Freiwilligen unverzichtbarer Teil des Programms. Diese haben eine grössere Nähe zu armutsgefährdeten Familien oder Kindern, können unmittelbarer intervenieren. Eine Reihe von weiteren Projekten, die an der Konferenz präsentiert wurden, zeigen, dass auch Schweizer Städte unter dem Titel der Prävention neue Wege gehen.

Armutsprävention – eine vielschichtige Querschnittaufgabe

Wer Armut als Prozess erkennt, weiss, dass vielfältige Faktoren im Vorfeld beeinflusst werden müssen, um Armut vorzubeugen: So Grundlegendes wie angemessene Wohnverhältnisse, Chancen für Kinder, Anerkennung in einer Arbeit gehören dazu. Es ist wichtig, individuell unterschiedliche Entstehungsgeschichten von Armut früh zu erkennen, um sie unterbrechen zu können.

Bekanntlich macht Armsein oft krank. Also gehören zu einer präventiven Sozialpolitik auch eine Gesundheitspolitik und ganz zentral die Bildungspolitik, ergänzt von einer Wohnbau- und Stadtentwicklungspolitik. Somit ist für die Städte klar, dass ein politischer Ansatz der Armutsprävention nur als Querschnittaufgabe wirksam werden kann. Aber keinesfalls darf Armutsprävention gegen die materielle Existenzsicherung ausgespielt werden. Nach wie vor stehen auch dazu uneingelöste Forderungen, zum Beispiel die Ergänzungsleistungen für Familien, auf der politischen Agenda.

Referate der Konferenz: www.staedteinitiative.ch / Aktuell

Für Fragen: Ruedi Meier, Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik, Tel. 041 208 81 32